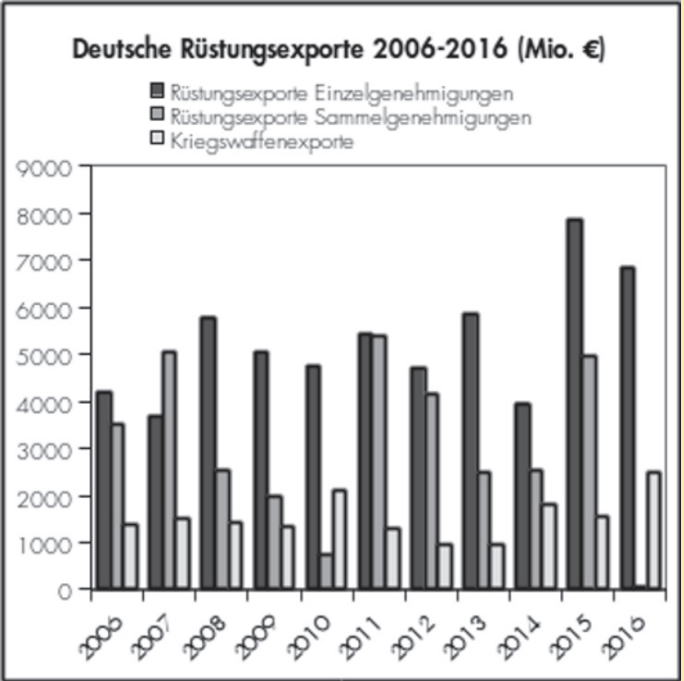


Geschäft mit dem Tod

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden über 240 Kriege geführt. Allein die bis jetzt andauernden Kriege forderten mehr als 26 Millionen Todesopfer und noch mehr Verwundete. Über 90 % der Kriege fanden im globalen Süden statt, doch der globale Norden war oft direkt oder indirekt beteiligt. Neben militärischen Interventionen ist die Lieferung von Waffen ein wichtiges Mittel, um Einfluss zu nehmen. Viele Staaten sind dort nicht fähig, ihre Waffen selbst herzustellen.

Deutschland liefert fast alles: Handfeuerwaffen, Hubschrauber, Flugzeuge, Flugkörper, Panzerfahrzeuge, Kriegsschiffe und U-Boote, aber auch komplette Anlagen zur Produktion von Munition für Gewehre und Kanonen. Deutschland exportiert daneben viele Güter, die sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden können: Geländegängige Fahrzeuge (z.B. Unimogs), Lastkraftwagen, Kommunikationstechnik (z.B. Funkgeräte), Computer, Anlagen und Komponenten für die Produktion chemischer Kampfstoffe, Dieselmotoren für Schiffe, Raketentechnik, Atomtechnik (z.B. Komponenten für Anlagen zur Anreicherung von Uran) und Polizeiausrüstungen. Diese sogenannten „Dual-Use-Güter“ werden zum Teil in einer offiziellen Liste erfasst, zum Teil nicht.

Rechtliche Schranken...



den.“ Im Kriegswaffenkontrollgesetz heißt es, der Export von Kriegswaffen werde nicht genehmigt, es sei denn, dass Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung sprächen. Doch die Ausnahme wurde zur Regel und die BRD lag in den letzten 5 Jahren im Schnitt auf Rang fünf, in den letzten 10-15 Jahren sogar auf Rang drei der größten Waffenlieferanten.

...und Schlupflöcher

Kriegswaffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung exportiert werden. Um diese Hürde zu umgehen, werden Rüstungsgüter auch mal als zivile Güter getarnt. Teile von Waffen werden legal in andere Staaten exportiert und dort in Waffensysteme eingebaut. Deutsche Firmen produzieren Waffensysteme in Kooperation mit Firmen in einem anderen Land, von welchem sie exportiert werden. Rüstungsexport geschieht auch durch die Weitergabe von Know-how, durch die Vergabe von Lizenzen für die Waffenproduktion, durch den Verkauf von Produktionsunterlagen, aber auch durch wissenschaftliche Zusammenarbeit z.B. im Bereich Atom- und Raumfahrttechnik.

Elend als Folge der Waffenlieferungen

Militär und Krieg lösen keine Probleme. Die Ausgaben für Rüstung und Militär binden die Mittel, die für die Bekämpfung von Krankheiten, für den Ausbau der Infrastruktur, für Bildungseinrichtungen und andere öffentliche Aufgaben erforderlich wären.

Rüstungsausgaben hemmen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Besonders Länder im Nahen Osten erhalten immer wieder deutsche Waffen. Deutschland hat 2015 Gewehre und andere Waffen nach Saudi-Arabien exportiert. G3-Gewehre werden dort in Lizenz produziert und im Krieg im Jemen eingesetzt

Art. 26 Abs. 2 Grundgesetz lautet: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“

So werden in vielen Ländern erst die knappen Mittel für Rüstung verschwendet. Im Krieg oder Bürgerkrieg wird dann die Infrastruktur zerstört, Menschen werden getötet oder verstümmelt und immer wieder wird Hass erzeugt. 2015 waren 65,3 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor Krieg und Konflikten, 2014 waren es 59,5 Millionen Menschen. Die Ausgaben für Rüstung und Krieg tragen zu Armut und Verelendung der Bevölkerungen in vielen afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern bei.

Beispiel: Krieg und Terror in Nahost

Die Region um den Persischen Golf mit den reichsten Ölvorkommen wird von den USA als ihre besondere Einflussphäre betrachtet. Unter dem Vorwand eines „Kriegs gegen den Terror“ sind sie angetreten, alle Regime zu bekämpfen, die sich den wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen der USA widersetzen. Durch die Intervention der USA und ihrer Koalition der Kriegswilligen sind die beiden verflochtenen Bürgerkriege in Syrien und Irak verstärkt worden.

Waffenlieferungen aus den USA und aus Deutschland an die Türkei, Saudi-Arabien, Israel und an die Vereinigten Arabischen Emirate haben diese Bündnispartner des „Westens“ zu militärisch starken Regionalmächten gemacht.

Türkei

Die Türkei ist mit Hilfe Deutschlands aufgerüstet worden, ungeachtet der ungelösten Konflikte mit Griechenland, in Zypern und mit den kurdischen Separatisten. Denn die Türkei wurde als strategisch wichtiger Bündnispartner im Kalten

Kriegswaffen Exportgenehmigungen in Drittländer 2016	
Algerien	846.457.478
Ägypten	337.015.000
Singapur	49.562.842
Südkorea	39.503.639
Malaysia	25.398.550
Saudi-Arabien	21.263.100
Südafrika	17.775.939
VAE	13.235.507
Irak	10.928.346
Jordanien	10.087.580
Oman	7.142.784
Indonesien	3.174.850
Israel	2.869.950
Indien	2.769.846
Brasilien	2.066.216



Krieg betrachtet. Die Türkei hat 1984 bis 1988 einen Bürgerkrieg gegen die Kurden geführt und setzte dabei deutsche Waffen ein. Der Krieg forderte mindestens 30 000 Todesopfer.

Die Türkei betreibt zunehmend eigenständige Politik mit militärischen Mitteln. Aktuell marschieren türkische Truppen – auch mit deutschen Waffen – in Syrien ein, um einen eigenständigen kurdischen Staat zu verhindern.

Besonders seit dem erfolglosen Putschversuch von Juli 2016 und dem erfolgreichen Referendum über ein Präsidialsystem von April 2017 bewegt sich das Land derzeit deutlich Richtung Autokratie. Die Regierung unter Präsident Erdogan geht immer härter gegen die Opposition vor und missachtet Bürger- und Menschenrechte.

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet jährlich die Bedeutung des Militärapparats im Verhältnis zur Gesellschaft ab. Obwohl die Türkei auf diesem GMI auf Rang 23 von 152 liegt, hat sie 2015 aus Deutschland für 39 Mio. Euro Rüstungsgüter sowie Dual-Use-Güter erhalten. Sie nutzt u.a. die (west-)deutschen Panzer Leopard I und II und (ost-)deutsche Schützenpanzer.

Saudi-Arabien

Saudi-Arabien ist eine islamisch fundamentalistische und menschenrechtsverletzende absolutistische Monarchie. 2011/12 schlug die Regierung Demonstrationen gegen sie gewalttätig nieder und seit 2015 greift sie militärisch in den Bürgerkrieg im Jemen ein. Auch fundamentalistische syrische bzw. irakische Bürgerkriegsparteien wurden zwar nicht offiziell, aber inoffiziell aus Saudi-Arabien unterstützt. Das Land steht auf Platz 17 des GMI und hat 2015 aus Deutschland für 207 Mio. Euro Teile von Kampfpanzern, Kampfflugzeugen, Flugkörpern und Munition importiert.

Israel

Israel ist ein westlich ausgerichtetes und das einzige mehrheitlich jüdische Land des Nahen Ostens. Es hat im Lauf seiner Geschichte mit allen Nachbarländern mehrere Kriege geführt (zuletzt die Gaza-Kriege 2008 und 2014) und bis

jetzt große Teile von Palästina besetzt. Der israelisch-palästinensische Konflikt besteht nicht nur außen-, sondern auch innenpolitisch. Israel liegt auf Rang 1 des GMI. Deutschland hat 2015 für 408 Mio. Euro Waffen nach Israel geliefert.

Irak

Im Irak wird wie in Syrien ein Bürgerkrieg geführt, an dem neben der Regierung kurdische und islamisch fundamentalistische Parteien beteiligt sind. Anders als in Syrien waren hier Regierung und KurdInnen bis vor kurzem verbündet. Deutschland unterstützt erstmals eine separatistische Bürgerkriegspartei (die kurdischen „Peschmerga“) mit Waffen und Ausbildungshilfe. Diese Waffen sind teilweise an islamistische Bürgerkriegsparteien gelangt.

Beispiel: Kleinwaffen

Kleinwaffen, wie Maschinenpistolen, Gewehre, Minen, Handgranaten, sind billig. Der Geldwert der Lieferungen schlägt in der Bilanz der Rüstungsexporte nicht sonderlich zu Buche. Aber die Wirkungen sind verheerend - sie tragen in hohem Maße zur Verschärfung der vielen regionalen Konflikte und Kriege bei. Millionen von Kleinwaffen wurden nach dem Ende des Kalten Krieges teils verschenkt, teils verschleudert. Nach Schätzungen von Experten existieren weltweit ca. 25 Millionen Kleinwaffen bei der Polizei, ca. 200 Millionen beim Militär und ca. 650 Millionen in Privathaushalten. Vom G3-Sturmgewehr wurden ca. 7 Millionen Stück hergestellt, u.a. in 15 Ländern in Lizenz, an 88 Staaten geliefert und in nahezu jedem Krieg eingesetzt - häufig von allen Konfliktparteien.

Mehr als 80 % der Kleinwaffen werden von den USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich produziert. Die Entwicklungsländer der Dritten Welt sind die Hauptabnehmer. Vor allem die afrikanischen Staaten sind strukturell nicht in der Lage, den illegalen Handel mit Waffen zu kontrollieren oder zu verhindern.

Ca. 90 % der Toten und Verletzten in den Kriegen der Gegenwart sind Opfer von Kleinwaffen.

Macht, ...

Deutsche Rüstungspolitik will die Fähigkeit zur Produktion aller wichtigen Waffensysteme – Marine, Luft- und Raumfahrt, Landkriegsführung – im eigenen Land haben. Europäische Machtpolitik zielt auf „strategische Autonomie“, d.h. die Fähigkeit zur Kriegführung unabhängig von den USA.

Friedenserklärung

WIR WEIGERN UNS, FEINDE ZU SEIN und andere Menschen zu töten.

Wenn unsere Regierung KRIEG führt, dann NICHT IN UNSEREM NAMEN!

Ich setze mich ein für die

- Abschaffung der Atomwaffen
- Beachtung des Gewaltverbots im Völkerrecht
- Beendigung der Rüstungsexporte
- Beendigung der Kriegseinsätze der Bundeswehr
- Abschaffung von Bundeswehr und Militär
- Förderung ziviler Konfliktlösungen

.....
(Platz für weitere Themen)

Jeder Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit!

Ich stimme dieser Erklärung zu.

Name:

Ort/Datum:

E-Mail:

(falls Sie mit uns in Kontakt bleiben wollen)

Wir wollen möglichst viele dieser Friedenserklärungen sammeln, um die Friedensbereitschaft der BürgerInnen zu zeigen! Bestellen Sie dieses Falblatt und geben Sie es an Ihre FreundInnen und Bekannten weiter!

Die Friedenserklärungen werden am 2.6. 2018 bei einer öffentlichen Aktion in Berlin präsentiert.

Wir bitten um Spenden, steuerlich absetzbar, zur Finanzierung weiterer Auflagen dieses Falblattes, auf das Konto des HMV-Bildungswerks der DFG-VK, IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00; GLS-Bank, BIC: GENODEM1GLS.

(Platz zum Einstempeln einer örtlichen Kontaktadresse)



Ja Nein

DFG-VK Bayern
Schwanthalerstr. 133
80339 München

Absender:

Name:

Straße:

PLZ Ort:

Ich bestelle

Expl. Faltblatt Ohne Waffen gegen die Nazi-Diktatur
Expl. Faltblatt Kalter Krieg - heißer Krieg
Expl. Faltblatt Wozu Bundeswehr?
Expl. Faltblatt Rüstungsexporte stoppen
Expl. Faltblatt Konflikte zivil bearbeiten
mehr Infos über Zukunft sichern - Abrüsten
mehr Infos über die DFG-VK

Wir bitten um eine kleine Spende,
größere Mengen auf Anfrage,

Bestellungen per Mail: www.dfg-vk.de/shop

Friedenspolitik braucht Organisation

Eine Politik der Abrüstung und zivilen Konfliktbearbeitung wird nicht vom Himmel fallen. Dafür braucht es Friedensorganisationen, die von staatlichen Mitteln und Interessen wie auch von Parteien und deren Machtkalkül unabhängig sind. Nur Friedensorganisationen mit fester Mitgliedschaft, festen Strukturen und eigenen Finanzmitteln können kontinuierlich auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen und ein Gegengewicht setzen zur Lobby der Militär- und Kriegsbefürworter. Es reicht nicht, erst dann zu protestieren, wenn wieder ein Krieg im Gange ist. Die Mitglieder der DFG-VK haben die Grundsatzerklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner (War Resisters' International WRI) unterschrieben:

„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken.“

Impressum

Herausgeber: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Bayern

in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der DFG-VK Bayern, Schwanthalerstr. 133, 80339 München, muenchen@dfg-vk.de, Tel. 089 89623446 (Di-Do 11-17 Uhr), www.dfg-vk-bayern.de; www.h-m-v-bildungswerk.de,

mit Unterstützung der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, bertha-von-suttner-stiftung.de,

der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de,

des Rüstungs-Informationsbüros Freiburg, www.rib-ev.de,

und „keine waffen vom bodensee (kwvb) e.v.“ Lindau, www.waffenvombodensee.de

Konzept, Text, v.i.S.d.P.: Thomas Rödl, c/o DFG-VK Bayern

Recherche, Redaktion, Layout: Kai-Uwe Dosch

Druck: Das Freie Buch, München

Neuauflage 2018, 12.000 Stück

Wir bitten um Spenden, steuerlich absetzbar, auf das Konto: HMV-Bildungswerk der DFG-VK, GLS-Bank, IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00, BIC: GENODEM1GLS



Gleichzeitig wird die Bundeswehr zur Interventionsarmee umgerüstet. Dafür müssen Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Transporter, Kriegsschiffe, U-Boote, Satelliten usw. im Wert von weit über 100 Milliarden Euro beschafft werden.

... Profit ...

Der Export von Waffensystemen, die zum Teil auf Staatskosten entwickelt wurden, verringert die Stückkosten und verschafft den Herstellern einen zusätzlichen Profit. Rüstungsexporte tragen dazu bei, eine leistungsfähige Rüstungsindustrie in Deutschland zu erhalten.

Deutsche Rüstungsfirmen entwickeln speziell leichte und weltweit einsetzbare Panzerfahrzeuge und Handfeuerwaffen wie das neue Gewehr G36, arbeiten aber sonst generell mit anderen europäischen Firmen zusammen, um am Markt zu bestehen. Doch heute liegt das größte (EU-)europäische Rüstungsunternehmen Airbus nur auf Rang sieben hinter sechs (anglo-)amerikanischen Unternehmen.

... und Moral?

Eine verantwortungsvolle Außenpolitik darf nicht zur kriegerischen Austragung von Konflikten beitragen. Tatsächlich aber wird die Bundeswehr zur Interventionsarmee gemacht, damit „wir“ unsere Interessen auch militärisch vertreten können! Die Interessen der Rüstungsindustrie haben Vorrang vor der Moral und selbst vor unseren eigenen Sicherheitsinteressen: Deutsche Firmen tragen auch bei zur Verbreitung von Rüstungstechnologie aller Art. Weitere Staaten können in Zukunft moderne Waffensysteme produzieren. Diese Waffensysteme könnten auch uns in Zukunft bedrohen. U-Boote und Kriegsschiffe aus deutscher Produktion können die Freiheit der Seewege und damit Exporte und Rohstofflieferungen gefährden.

Der Ausstieg ist möglich

Der Wert der Rüstungsexporte ist gering im Vergleich zum gesamten Warenexport aus Deutschland (z.B. 2015 betrugen die Rüstungsexporte mit 12,6 Mrd. Euro nur ca. 1 % der gesamten Exporte mit 1.196 Mrd. Euro). Das gilt auch dann, wenn nicht jeder Export von Waffensystemen und Komponenten erfasst wird und wenn viele letztlich militärisch genutzte Güter als zivil deklariert werden. Allerdings sind einzelne Sektoren der Industrie von Rüstungsaufträgen in höherem Maße abhängig, so z.B. die Werftindustrie in der norddeutschen Küstenregion und die Luft- und Raumfahrtin-



dustrie, vor allem in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Bremen.

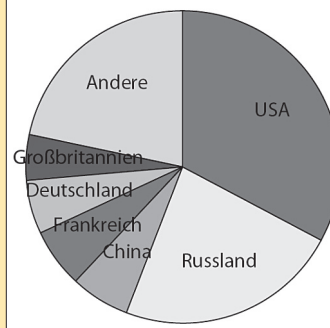
Nach den „Politischen Grundsätzen für den Rüstungsexport“ richtet

sich der Export von Rüstungsgütern am Sicherheitsbedürfnis und am außenpolitischen Interesse der BRD aus. Exporte würden nur dann nicht genehmigt, wenn der Verdacht bestehe, dass die Waffen zur „inneren Unterdrückung oder zur systematischen und fortdauernden Verletzung der Menschenrechte“ gebraucht würden. Der Verbleib von Waffenlieferungen in einem Empfängerland müsse garantiert werden. Ein Rüstungsexportbericht muss jährlich vorgelegt werden. Seit 2013/2014 gibt es mit dem Arms Trade Treaty sogar eine erste weltweite Regelung zum Handel mit Waffen von der Patrone bis zum Kriegsschiff, die von 130 Staaten signiert und von 89 ratifiziert wurde.

Tatsächlich werden weiterhin in großem Umfang Rüstungsexporte genehmigt. Ein Vorrang für Entwicklung und Menschenrechte ist nicht erkennbar! Der Bezug auf die Menschenrechte ist zwar wichtig, aber nicht ausreichend. Auch Staaten, die nach innen die Menschenrechte beachten, sollen keine Kriege führen. *Der Stopp aller Rüstungsexporte ist ein konkreter, notwendiger und möglicher Schritt zur Abrüstung.*

Aktiv werden für Abrüstung

Anteile am weltweiten Rüstungsexport 2012-2016



Quelle: SIPRI 2017

Nach einer repräsentativen Umfrage von TNS Emnid vom Januar 2016 lehnen 83 % der Bevölkerung deutsche Rüstungsexporte ab.

Die PazifistInnen wollen allgemeine Abrüstung, die zivile Lösung von Konflikten und letztlich die Abschaffung von Militär und ein Verbot von Rüstungsproduk-

tion. Das erfordert ein grundsätzliches Umdenken in der Gesellschaft und einen Wechsel in der Politik

Wir fordern von der Bundesregierung: keine weiteren Rüstungsexporte zu genehmigen, keine Kredite, Bürgschaften oder Subventionen für den Export von Rüstungsgütern zu bewilligen, nicht mehr benötigte Waffen der Bundeswehr nicht zu verkaufen, sondern zu verschrotten!

Dieses Verbot auch durchzusetzen erfordert die Überwachung aller Betriebe und Einrichtungen, die militärische Forschung und Entwicklung betreiben, die Waffensysteme und Komponenten für Waffen herstellen, die über Know-how für Massenvernichtungswaffen verfügen. Darüber hinaus muss der internationale Handel mit Waffen geächtet und unterbunden werden.

Mit mehr als hundert Organisationen der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit engagieren wir uns seit 2011 in der „Aktion Aufschrei“ für ein grundsätzliches Verbot deutscher Rüstungsexporte und setzen uns für mehr Transparenz und demokratische Kontrolle ein.

Mehr Informationen:

www.no-militar.org;

www.aufschrei-waffenhandel.de;

www.rib-ev.de;

www.bundeswehrabschaffen.de;

www.sipri.org;

www.gkke.org (alternativer Rüstungsexportbericht);

www.bmwi.de (Rüstungsexportbericht)

Aktionen:

Frieden geht! 21.5.–2.6. Staffellauf von Oberndorf nach Berlin. www.frieden-geht.de

Frieden geht! 21.5. Schrobhausen, 12 Uhr. Infos: www.dfg-vk-bayern.de

Auf Achse für Frieden und Abrüstung! Friedensfahrradtour 26.5.–2.6. von Würzburg nach Berlin. Infos und Anmeldung: www.dfg-vk-bayern.de

Auf Achse für Frieden und Abrüstung! Fahrradtour 4.-11.8. von Münster nach Kleine Brogel (Belgien). www.nrw.dfg-vk.de

Rüstungs- exporte stoppen!

